

ANTRAG

der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Für eine Willkommenskultur in Mecklenburg-Vorpommern - Menschen mit Migrationshintergrund bereichern unsere Gesellschaft und unser Zusammenleben

Der Landtag möge beschließen:

Menschen mit Migrationshintergrund sind in Mecklenburg-Vorpommern willkommen. Sie bereichern unser Zusammenleben. Es ist unsere Aufgabe, die Bedingungen dafür zu schaffen, dass Zuwanderung als Bereicherung verstanden und Integration als wechselseitiger Prozess der gegenseitigen Annäherung gestaltet wird. Integration stellt uns alle vor Herausforderungen, die wir gerne annehmen.

Das Entstehen einer Willkommenskultur, also einer Kultur, aus der heraus es selbstverständlich ist, Hilfestellungen während des gesamten Integrationsprozesses zu gewähren und die Bereicherung durch Menschen aus anderen Kulturen wertzuschätzen, bedarf einer aktiven Förderung. Das ist eine Aufgabe für uns alle: Landesregierung, Landtag, Kommunen, Unternehmen und Gewerkschaften, Universitäten, Schulen, Medien - vor allem aber persönlich für jede und jeden von uns.

Der Landtag unterstützt das in der Konzeption zur Förderung der Integration von Migrantinnen und Migranten in Mecklenburg-Vorpommern festgeschriebene Vorhaben, die gleichberechtigte Teilhabe und aktive Partizipation von Migrantinnen und Migranten in allen Lebensbereichen weiter zu verbessern und die interkulturelle Kompetenz der Bürgerinnen und Bürger stärker zu fördern.

Mecklenburg-Vorpommern braucht Menschen mit Migrationshintergrund. Um ihnen ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen, ist es notwendig, den Zugang zum hiesigen Arbeitsmarkt zu erleichtern. Wegen des bereits bestehenden und sich voraussichtlich weiter verschärfenden Fachkräftemangels ist es unerlässlich, den hiesigen Arbeitsmarkt auch für eine gezielte qualifizierte Zuwanderung aus dem Ausland stärker zu öffnen. Der Landtag teilt dabei die Einschätzung der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, dass die Zuwanderung ausländischer Fachkräfte einen wichtigen Beitrag zu mehr Innovation, mehr Wachstum und mehr Wohlstand leistet.

Unter besonderem Schutz stehen politisch Verfolgte. Sie genießen Asylrecht. Das schließt das Recht auf ein zügiges und faires Asylverfahren sowie auf Leistungen ein, die ein menschenwürdiges Existenzminimum gewährleisten.

Für Asylbewerberinnen und Asylbewerber sowie für geduldete Flüchtlinge galt in Mecklenburg-Vorpommern bis Anfang 2012 die Residenzpflicht für bestimmte Aufenthaltsbereiche. Durch die Aufhebung der Residenzpflicht wurden soziale Kontakte, Arztbesuche, sportliche Betätigung oder der Besuch kultureller oder religiöser Veranstaltungen spürbar erleichtert. Der Landtag hält es für sinnvoll, die Ausweitung der räumlichen Freizügigkeit für Asylbewerberinnen und Asylbewerber sowie Geduldete auf weitere angrenzende Bundesländer zu prüfen.

Der Landtag begrüßt, dass Asylbewerberinnen und Asylbewerber sowie geduldete Flüchtlinge nach der Konzeption zur Förderung der Integration von Migrantinnen und Migranten in Mecklenburg-Vorpommern in den Integrationsprozess einbezogen werden, soweit es ungeachtet ihres zunächst vorübergehenden Aufenthaltes geboten ist.

Der Landtag begrüßt, dass die Ausländerbehörden nach dem Erlass des Ministers für Inneres und Sport vom 11. Juni 2012 Anträge auf dezentrale Unterbringung genehmigen sollen, wenn u. a. bei Familien und Alleinstehenden mit mindestens einem minderjährigen Kind ein ununterbrochener Aufenthalt in Gemeinschaftsunterkünften von zwei Jahren vorliegt, medizinische Gründe eine Unterbringung außerhalb von Gemeinschaftsunterkünften erfordern und Alleinstehende bzw. Familien mit volljährigen Kindern ununterbrochen seit 4 Jahren in Gemeinschaftsunterkünften leben. Der Landtag teilt die Auffassung des Ministers für Inneres und Sport, dass überlange Aufenthalte in Gemeinschaftsunterkünften vermieden werden sollten und befürwortet daher, eine weitere Ausweitung der dezentralen Unterbringung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern sowie Geduldeten in Mecklenburg-Vorpommern zu prüfen.

Dr. Norbert Nieszery und Fraktion

Vincent Kokert und Fraktion

Helmut Holter und Fraktion

Jürgen Suhr und Fraktion